

Antrag

der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Marc Bernhard, René Bochmann, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Kay Gottschalk, Mariana Iris Harder-Kühnel, Nicole Höchst, Dr. Michael Kaufmann, Barbara Lenk, Tobias Matthias Peterka und der Fraktion der AfD

Einrichtung eines Forschungsinstituts für geopolitische Studien an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Feststellung der Bundesbildungsministerin, dass „wir“ vor dem Hintergrund des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine zukünftig „geopolitisch anders denken“ müssten, was auf „viele Bereiche Auswirkungen“ habe¹, zeigt an, dass geopolitische Fragestellungen wieder im öffentlichen Bewusstsein angekommen sind und mit Vehemenz die politische Agenda bestimmen. Unterstrichen wird dies auch durch die Äußerung des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, der mit Blick auf die Folgen des Krieges in der Ukraine von der „Geburt eines geopolitischen Europas“ sprach². Auch der Start der französischen Ratspräsidentschaft war von dem Thema Geopolitik dominiert³.

Die „Fassungslosigkeit“⁴, mit dem Vertreter der Bundesregierung auf den russischen Angriff reagiert haben⁵ – die Bundesaußenministerin attestierte dem russischen Präsidenten „Wahnvorstellungen“⁶; das, was er tue, sei „Aggression hoch tausend“⁷ –, weist auf einen eklatanten Mangel an geopolitischem Denken hin. Das Agieren von Staaten per Ferndiagnose an Psychopathologien ihrer Lenker festmachen zu wollen, ist sicherlich kein Weg hin zu einer vorausschauenden Lageanalyse und einer daraus abgeleiteten Sicherheitspolitik. Hier ist das Tätigkeitsfeld geopolitischer Analysen zu

¹ www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/kurzmeldungen/de/2022/02/zusammenarbeit-mit-russland-gestoppt.html; letzter Zugriff: 23. März 2022.

² ecfr.eu/event/the-birth-of-a-geopolitical-europe-in-conversation-with-josep-borrell/; letzter Zugriff: 24. März 2022 [Übersetzung durch die Antragsteller].

³ www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/geopolitik-dominiert-start-der-franzoesischen-ratspraesidentschaft/; letzter Zugriff: 29. März 2022.

⁴ www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-krieg-bundesregierung-reaktionen-1.5535546; letzter Zugriff: 25. März 2022.

⁵ Ebd.

⁶ www.welt.de/politik/ausland/article237133579/Krieg-in-der-Ukraine-Dissens-innerhalb-der-Ampel-ueber-Russland-Kurs.html; letzter Zugriff: 25. März 2022.

⁷ www.spiegel.de/politik/deutschland/russland-ukraine-annalena-baerbock-ueber-wladimir-putin-aggression-hoch-tausend-a-62daa50b-ddab-4e2e-a9c6-1a094b1fc96b; letzter Zugriff: 26. April 2022.

verorten, deren genuine Aufgabe darin besteht, „Zusammenhänge zwischen Raum und Macht herzustellen und in den Code der Politik zu übersetzen“⁸, um gravierenden Fehleinschätzungen vorzubeugen und so zur Friedenssicherung beizutragen.

Sich dieser Notwendigkeit zu stellen, heißt auch, sich mit immer noch virulenten Vorbehalten im Hinblick auf Geopolitik als akademischer Disziplin auseinandersetzen zu müssen. Das hängt vor allem mit dem Stigma zusammen, das in Deutschland auf der klassischen Geopolitik, die sich aus der politischen Geographie ableitet, lastet. Dieses rührt von der Zeit des Nationalsozialismus her, in der Geopolitik als „Legitimationsideologie nationalistischer Eroberungs- und Vernichtungspolitik“⁹ instrumentalisiert und rassenideologisch aufgeladen wurde.

Vor dem Hintergrund dieser Belastung des Begriffs Geopolitik, die sich auch in einer negativen Konnotation der Geopolitik als Synonym für gewissenlose Machtpolitik niederschlug, ist es historisch verständlich, dass in Deutschland im Wesentlichen die Friedens- und Konfliktforschung an die Stelle der Geopolitik getreten ist, die sich vornehmlich mit den Bedingungen des Friedens und gewaltfreiem Konfliktmanagement befasste.

Deren begriffliches und heuristisches Besteck ist aber nicht ausreichend, um eine fakten gesättigte geopolitische Expertise zu ersetzen. Gerade die Machtpolitik Russlands zeigt alle Charakteristika klassischer Geopolitik. Ähnliches, wenn auch durchaus subtiler in Gestalt der „Konnektivitätspolitik“¹⁰, gilt auch für China. Mit Blick auf diese Entwicklungen stellte der Politikwissenschaftler Herfried Münkler fest, dass wir „Zeuge einer entstehenden Weltordnung“ seien, „in der Großakteure über eigene Einflussphären“ verfügten und die „Idee der Universalisierung der Werte vorbei“ sei¹¹. Eine zentrale Grundannahme der Friedens- und Konfliktforschung, nämlich dass Frieden einen universalen Wert darstellt, der international geteilt wird, hat sich damit als schöne Wunschvorstellung erwiesen. Es muss davon ausgegangen werden, dass von nun an partikuläre Großmachtinteressen das Bild bestimmen, die sich in einer multipolaren Weltordnung widerspiegeln werden. Wer daher die Bedingungen für ein friedliches Miteinander verstehen und den Frieden bewahren will, muss die Gesetze der Geopolitik kennen.

Für Deutschland gilt jedoch nach wie vor das, was der Historiker Jürgen Osterhammel bereits 1998 konstatierte, nämlich dass eine „neue Geopolitik“ noch nicht in Sicht¹² ist. Deren akademische Institutionalisierung ist nun dringend notwendig, um die mit dem Krieg in der Ukraine verbundenen machttectonischen Plattenverschiebung hin in Richtung einer multipolaren Weltordnung analytisch einzuholen und sich dazu außenpolitisch adäquat zu positionieren.

Um möglichst zügig zum internationalen Forschungsstand und -diskurs aufschließen zu können, fordern die Antragsteller eine akademische Verankerung der Geopolitik in einem eigenen Forschungsinstitut an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg. Mit der Einrichtung des Instituts an dieser Universität der Bundeswehr wird seitens der Antragsteller explizit auch das Ziel verfolgt, die „geopolitische und geostrategische Schulung“ der Soldaten der Bundeswehr „zu stärken“, wie

⁸ So Dirk Kretzschmar in seinem Beitrag: Region oder Imperium? Zur Semantik von Geopolitik, Raum und Kultur in Russland; in: Raum – Wissen – Macht, hrsg. v. Rudolf Maresch und Niels Werber (2002), Frankfurt/Main, S. 263–286, hier: S. 264.

⁹ Vgl. Egbert Jahn: Geopolitik – Legitimationsideologie nationalsozialistischer Eroberungspolitik oder eine heute verkannte wissenschaftliche und politische Aufgabe? in: Politische Streitfragen, Bd. 4, Weltpolitische Herausforderungen, Wiesbaden 2015, S. 173–191, hier: S. 174.

¹⁰ Vgl. z. B. Nadine Godehardt und Paul J. Kohlenberg: Konnektivitätspolitik: Geopolitik auf Chinesisch, in: Politikum, 5. Jahrgang, Sommer 2019, S. 38–46.

¹¹ www.welt.de/politik/deutschland/plus237295951/Herfried-Muenkler-Wenn-Putins-Plan-scheitert-wird-er-einen-schrecklichen-Zerstoeerungskrieg-fuehren.html; letzter Zugriff: 6. April 2022.

¹² Jürgen Osterhammel (1998): Die Wiederkehr des Raumes: Geopolitik, Geohistorie und historische Geographie; in: Neue Politische Literatur 43/1998, 3, S. 374–397, hier: S. 384.

es die Bundesverteidigungsministerin bereits am 17. November 2020 in einer Rede an der Universität der Bundeswehr mit Blick auf eine entsprechende Initiative als „Ziel“ in den Raum gestellt hatte¹³.

Eine steigende Bedeutung, das machen die Auswirkungen des Ukrainekrieges bereits jetzt deutlich, wird künftig dem Bereich Geoökonomie zufallen, also dem Einsatz der Handels-, Technologie- (hier vor allem Digitalpolitik), Finanz- oder Energiepolitik als geostrategische Instrumente.

Auf diesem Feld ist ein wachsender Antagonismus zwischen den USA und China¹⁴ zu beobachten, der den schleichenden Prozess der „De-Globalisierung“ (Josef Braml) weiter befeuern dürfte. Dieser Prozess dürfte durch den Ukrainekrieg weiter forciert werden, stufen doch die Weltmächte wirtschaftliche Verflechtung und Arbeitsteilung „nicht mehr notwendigerweise als Garant von Wohlstand und Frieden“ ein. Stattdessen werden „gegenseitige Abhängigkeiten“¹⁵ zunehmend als Risiko bewertet. Für einen exportgetriebenen Staat wie Deutschland zeitigt diese Entwicklung spürbare Konsequenzen, die erhebliche Auswirkungen auf das Wohlstandsniveau haben könnten. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die Feststellung, dass die USA in dem sich immer konkreter ankündigenden „kalten Krieg“¹⁶ mit China versucht sein könnten, „die militärische Abhängigkeit ihrer Verbündeten“ „in eine Unterstützung der geo-ökonomischen Interessen der USA“ umzumünzen¹⁷. Dass diese Interessen keineswegs mit europäischen oder deutschen Interessen deckungsgleich sind, ja ihnen zum Teil zuwiderlaufen, machte jüngst der Generalsekretär der Deutschen Gruppe der Trilateralen Kommission, Josef Braml, deutlich¹⁸.

Vor diesem Hintergrund muss eine weitgehende Abhängigkeit von einer US-amerikanisch dominierten Energieversorgung aus deutscher Perspektive genauso alarmieren wie die von einer russisch dominierten. Fragen wie diese verlangen mit Blick auf eine sich abzeichnende neue (multipolare) Weltordnung nach einer baldigen geostrategischen Positionierung sowohl aus deutscher als auch aus EU-Perspektive, für die das Forschungsinstitut die notwendigen wissenschaftlichen Analysen erarbeiten soll.

Die Antragsteller machen in diesem Zusammenhang weiter darauf aufmerksam, dass es in Frankreich bereits seit 2002 ein eigenständiges Institut für Geopolitik (Institut Français de Géopolitique)¹⁹ gibt, gegründet durch das französische Bildungsministerium; mit der etablierten geopolitischen Fachzeitschrift „Hérodote. Revue de géographie et géopolitique“²⁰ besteht überdies eine Plattform für einschlägige geopolitische Diskurse. Eine entsprechende Institutsgründung in Deutschland stellte also nur den Anschluss an europäische Entwicklungen her.

¹³ Rede der Bundesministerin der Verteidigung Annegret Kramp-Karrenbauer an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr, 17. November 2020, www.bmvg.de/resource/blob/4483202/a62307ebef4572c1cffa40eb91093417/20201117-dl-grundsatzrede-unibw-wwh-data.pdf; letzter Zugriff: 29. März 2022.

¹⁴ Vgl. z. B. S. Mahmud Ali (2020): China's Belt and Road Vision. Geoeconomics and Geopolitics, Kuala Lumpur.

¹⁵ Josef Braml (2022, 2. Auflage): Die transatlantische Illusion. Die neue Weltordnung und wie wir uns darin behaupten können, München, S. 103.

¹⁶ Vgl. z. B. Yukon Huang: The U.S.-China Trade War Has Become a Cold War, 16. September 2021, carnegieendowment.org/2021/09/16/u.s.-china-trade-war-has-become-cold-war-pub-85352; letzter Zugriff: 20. Mai 2022.

¹⁷ Braml, a. a. O., S. 73; siehe auch Stefan Buchen: Gasversorgung: Wie die USA Deutschland bedrängen, 19. Februar 2019, www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama3/Gasversorgung-Wie-die-USA-Deutschland-bedraengen,nordstream322.html; letzter Zugriff: 20. Mai 2022.

¹⁸ Siehe FN 14.

¹⁹ www.geopolitique.net/fr/presentation-ifg/#1552556003251-c6109241-42c9; letzter Zugriff: 29. März 2022.

²⁰ www.herodote.org/; letzter Zugriff: 29. März 2022.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. ihrer Feststellung, dass in Deutschland „geopolitisch anders gedacht“ werden müsse, in Gestalt der Einrichtung eines Forschungsinstituts an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg Ausdruck zu verleihen. Dieses Institut, in das bereits vorhandene Institutionen wie zum Beispiel das German Institute for Strategic Studies (GIDS) einzubinden sind, soll an der Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät angesiedelt werden und ist von Seiten des Bundes mit den notwendigen finanziellen und personellen Mitteln auszustatten. Die Institutsarbeit soll zum einen Forschungen zur klassischen Geopolitik, vor allem aber geopolitische Analysen zu aktuellen Themenstellungen umfassen und insbesondere die Konsequenzen der sich abzeichnenden multipolaren Weltordnung mit besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen auf Deutschland und seine nationalen Interessen untersuchen. Diese Analysen sollen im Sinne der Arbeitsweise moderner Geopolitik neben der Einbeziehung handels-, technologie-, finanz- oder energiepolitischer Fragen (Geoökonomie) explizit auch immaterielle Ressourcen berücksichtigen, worunter alle Aspekte von Forschung und Bildung, Kommunikation und Kultur fallen;
 2. in Absprache mit der Universitätsleitung zu prüfen, ob im Rahmen der Institutsarbeit eine Wiederaufnahme der Zeitschrift für Geopolitik (ZfG), die von 1924 bis 1944 und von 1951 bis 1968 erschien, möglich ist. Bei einem positiven Prüfergebnis sind auch hierfür die entsprechenden finanziellen Mittel bereitzustellen;
 3. zu prüfen, inwieweit im Rahmen der Institutsarbeit eine Kooperation mit der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik möglich ist, die laut Wissenschaftsrat – siehe dessen „Empfehlungen zur Sicherheits- und Konfliktforschung“ von Juli 2019 – „in Deutschland im internationalen Vergleich nur schwach vertreten“ sei, was insbesondere vor dem Hintergrund der „Renaissance geo- und sicherheitspolitischer Denkmuster“, die der Wissenschaftsrat konstatierte, ein sicherheitspolitisches Manko darstellt, das geschlossen werden muss. Gerade auch vor dem Hintergrund der geopolitischen Implikationen des Ukrainekrieges ist es sicherheitspolitisch dringend geboten, in dieser Frage nicht länger allein darauf abzustellen, dass die „Definitionen von Forschungsfeldern oder Teilen von Forschungsfeldern“ nur der Wissenschaft obliegen (Bundestagsdrucksache 19/21332, S. 5). Die nationalen Sicherheitsinteressen relativieren in diesem Fall aufgrund übergeordneter und grundsätzlicher Erwägungen nicht nur das Definitionsvorrecht der Wissenschaft für Forschungsfelder; sie heben es sogar auf;
 4. dem Deutschen Bundestag auf der Basis der oben dargelegten Anforderungen an ein derartiges Institut innerhalb eines halben Jahres ein Konzept, das die Themenschwerpunkte klassische Geopolitik, neue/moderne Geopolitik und Geoökonomie (unter expliziter Einbeziehung energiepolitischer Fragen und der Erforschung der geopolitischen Auswirkungen der Politik der Energiewende) abdeckt, und einen Zeitplan für dessen Realisierung vorzulegen. Als Anschubfinanzierung ist eine Fördersumme von zunächst zwei Millionen Euro zugrunde zu legen.

Berlin, den 16. Juni 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion